

Migration als ‘rationale Strategie’ zur Anpassung an den Klimawandel: wie ‘Klimamigrant_innen’ im Namen der Resilienz regiert werden

C. Methmann, Angela Oels

Angaben zur Veröffentlichung / Publication details:

Methmann, C., and Angela Oels. 2018. “Migration als ‘rationale Strategie’ zur Anpassung an den Klimawandel: wie ‘Klimamigrant_innen’ im Namen der Resilienz regiert werden.” In *Climate change in Africa: social and political impacts, conflicts, and strategies*, edited by Bettina Engels and Kristina Dietz, 45–68. Berlin: Peter Lang.

Nutzungsbedingungen / Terms of use:

licgercopyright

Dieses Dokument wird unter folgenden Bedingungen zur Verfügung gestellt: / This document is made available under the following conditions:

Deutsches Urheberrecht

Weitere Informationen finden Sie unter: / For more information see:

<https://www.uni-augsburg.de/de/organisation/bibliothek/publizieren-zitieren-archivieren/publizieren>



Chris Methmann und Angela Oels

Migration als ‚rationale Strategie‘ zur Anpassung an den Klimawandel: Wie ‚Klimamigrant_innen‘ im Namen der Resilienz registriert werden¹

Resilienz wird zum neuen Paradigma, wie wir mit Umweltgefahren umgehen sollen. Dieses Kapitel befasst sich damit, wie im Namen der Resilienz registriert wird und welche politischen Implikationen dies mit sich bringt. Noch in den 1990er und den frühen 2000er Jahren wurden Umweltprobleme als Risiken wahrgenommen, die man glaubte, unter menschliche Kontrolle bringen zu können. Seit Beginn der 2010er Jahre werden sie zunehmend als ‚Umwelt-Terror‘ verstanden (Duffield 2011). Der Begriff Terror impliziert plötzliche, unvorhersehbare und unumkehrbare Veränderungen im globalen Ökosystem. Es scheint mehr und mehr unmöglich zu sein, ‚sichere‘ Korridore für die Treibhausgaskonzentrationen in der Atmosphäre zu bestimmen (und dann auch einzuhalten). Darauf reagiert auch die politische Steuerung des Klimawandels. Wo der Klimawandel nicht mehr aufzuhalten scheint, verlagert sich der Schwerpunkt auf Anpassung. Nun heißt es, gefährdete Bevölkerungen gegen die Auswirkungen des Klimawandels resilient, also widerstandsfähig zu machen. Das postuliert beispielsweise auch der Sonderbericht des Weltklimarates (IPCC, Intergovernmental Panel on Climate Change), der Resilienz zu einem zentralen Thema macht. Resilienz definiert er als die

Fähigkeit eines Systems oder seiner Bestandteile, die Auswirkungen eines gefährlichen Ereignisses zeitnah und effizient vorherzusehen, abzufangen, sich an sie anzupassen oder sich zu regenerieren, so dass dabei gewährleistet wird, dass seine

1 Bei dem Kapitel handelt es sich um eine leicht gekürzte Fassung des Beitrags „From ‚fearing‘ to ‚empowering‘ climate refugees: Governing climate-induced migration in the name of resilience“, in: *Security Dialogue* 46(1), 2015, 51–68. Der Abdruck erfolgt mit freundlicher Genehmigung von *Security Dialogue*. Übersetzung Stefanie Karg, Völklingen unter Mitwirkung der Autor_innen.

grundlegenden Strukturen und Funktionen erhalten bleiben, wiederhergestellt oder verbessert werden (Field u. a. 2012: 5).

Diese Akzentverschiebung vom Risikomanagement hin zur Resilienz lässt sich am Beispiel der klimawandelbedingten Migration gut zeigen: In den 1980er und 1990er Jahren erschienene Arbeiten aus Wissenschaft und Politik diskutierten ‚Klimaflüchtlinge‘ noch als einen Skandal, dem es durch Klimaschutz vorzubeugen galt. In den frühen 2000er Jahren appellierten Wissenschaftler_innen und politische Entscheidungsträger_innen an die Verantwortung der westlichen Industrieländer, Klimaflüchtlinge zu ‚retten‘ und ihnen einen Flüchtlingsstatus zuzuerkennen. In den letzten Jahren prägt nun Resilienz die Debatte über Klimawandel und Migration. Nach Ansicht von Wissenschaft und Politik würden es gefährdete Bevölkerungen selbst am besten verstehen, den ‚unvermeidlichen‘ Auswirkungen des Klimawandels zu begegnen. Angesichts des Klima-,Terrors‘ sollen sich die Betroffenen selbst auf Klimaschocks vorbereiten. Man überträgt ihnen die Verantwortung dafür, resilient zu werden.

Im Anschluss an Michel Foucault führen wir hier die *Governmentality Studies* als theoretischen Rahmen dieser Analyse ein. Wir zeigen auf Basis der Literatur (Chandler 2012; Joseph 2013), dass Resilienz auf neoliberale Weise regiert, insbesondere indem sie ständige Anpassung (und Optimierung) an sich ändernde Bedingungen fordert. Dabei sind wir methodisch folgendermaßen vorgegangen: Zunächst führten wir eine Diskursanalyse der maßgeblichen Publikationen zur umweltbedingten Migration von 1985 bis 2012 durch. Basierend auf dem ‚theoretischen Sampling‘ als Auswahlverfahren (Corbin/Strauss 2008) sowie der Foucaultschen Genealogie begannen wir unsere Studie mit der Analyse der wichtigsten Publikationen von Nichtregierungsorganisationen (NGOs), Think Tanks und der Wissenschaft zur klimabedingten Migration. Wir folgten dann den Literaturverweisen, auf die sich diese Veröffentlichungen bezogen. So gelangten wir zu den Anfängen des Diskurses über die klimabedingte Migration in den 1980er Jahren. Diese Publikationen klopften wir daraufhin ab, wie sie die klimabedingte Migration als Sicherheitsproblem behandeln: Was sind die Subjekte und die Objekte des Problems, welche Denk- und Handlungsweisen werden im Hinblick auf die klimabedingte Migration legitimiert?

Welches sind die politischen Auswirkungen dieser Verschiebung hin zur Resilienz? In unserer Untersuchung gelangen wir zu dem Schluss, dass nicht nur das Weltklima, sondern auch ‚das Politische‘ der Klimapolitik durch den Resilienzdiskurs bedroht ist. Der Resilienzdiskurs entpolitisiert die Klimadebatte. Wir begründen diese Behauptung mit Foucaults Begriff des Politischen: „Nichts ist politisch, alles ist politisierbar, alles kann politisch werden“ (Senellart 2007: 390). Das heißt: Der Resilienzdiskurs bringt uns dazu zu akzeptieren, dass die Gefahren des Klimawandels unvermeidbar seien. Dadurch berauben wir uns jedoch der Möglichkeit, den Klimawandel aufzuhalten oder zumindest zu verlangsamen. Hinter dem Konzept der Resilienz steht nicht die Idee, für eine sicherere Welt zu sorgen, indem Lebensstile und Energiesysteme verändert werden. Resilienz verlangt Anpassung an das vermeintlich Unvermeidliche. Mit Blick auf ‚Klimaflucht‘ reduziert sie Politik auf die Entscheidung zwischen Bleiben oder Gehen.

Resilienz als Gouvernementalität

Theoretisch gesprochen lesen und verstehen wir Resilienz als eine Gouvernementalität der Sicherheit (Oels 2013). Auf dem Gebiet der kritischen Sicherheitsstudien wird das Konzept der Gouvernementalität genutzt, um die „Repräsentation von sozialen Problemen, die Mittel, diese zu korrigieren, sowie ihre Auswirkungen auf die Konstruktion von Subjektivität“ (Aradau/van Munster 2007: 91) zu analysieren. Das Konzept ermöglicht es uns, zu erkennen, wie Objekte im Namen der Sicherheit regierbar gemacht werden. Dazu nutzen wir Idealtypen gouvernementaler Rationalität – analytische Abstraktionen, die nicht in der Wirklichkeit existieren (vgl. z.B. Dean 2010). Gleichzeitig verlieren wir nicht aus dem Blick, wie die Bestandteile dieser Idealtypen in der Realität neu konfiguriert und neu kombiniert werden (wie von Collier 2009 vorgeschlagen).

Ausgehend vom Werk Michel Foucaults und an ihn anschließenden Arbeiten ist es möglich, (mindestens) drei idealtypische Gouvernementalitäten zu unterscheiden (Dean 2010; Oels 2005): souveräne Macht, liberale Bio-Macht und neoliberales Regieren.

Souveräne Macht nutzt das Recht, um die Machtausübung rational zu begründen, und sanktioniert das Nichtbefolgen von Recht mit Gewalt (Dean 2010: 105). Der stärkste Ausdruck souveräner Macht ist das „Recht,

Leben zu nehmen und leben zu lassen“ (Foucault 1978: 138). Souveränität ist das, worauf sich die meisten ‚geopolitischen‘ Ansätze beziehen, wenn sie (nationale) Sicherheit diskutieren (Dillon 2007a). Im Gegensatz dazu regiert liberale Bio-Politik die Bevölkerung, indem sie Freiheit schafft (Miller/Rose 2008). Da diese Freiheit jedoch konstant für bedroht gehalten wird, greift das Regieren auf Sicherheitsapparate zurück, um die Bevölkerung zu schützen (Foucault 2007: 108). Paradoxerweise macht Freiheit somit fortwährende Intervention (zur Sicherung der Freiheit) erst nötig. Liberale Bio-Politik ist originär mit dem Konzept des Risikos verknüpft, das versucht, die Bedrohung der Freiheit in berechenbare Wahrscheinlichkeiten zu verwandeln (Aradau/van Munster 2007). Diese Techniken lassen es zu, besonders risikoanfälligen Gruppen und Aktivitäten zu identifizieren, was wiederum ermöglicht, diese der Steuerung und Regulierung zu unterwerfen. Konkreter Ausdruck dessen sind die Versicherungssysteme des Wohlfahrtsstaates (Ewald 1991: 204), die Risiken kollektivieren. Neoliberales Regieren hingegen multipliziert, individualisiert und dezentralisiert das Risikomanagement (Dean 2010: 166–169; Rose 1996a). Einem ‚new prudentialism‘ (O’Malley 1992) entsprechend werden Individuen dafür verantwortlich gemacht, Risiken zu bewältigen, indem sie entweder gefährliche Aktivitäten vermeiden oder sich entsprechend gegen mögliche Schäden privat versichern. Zudem rückt anstelle der Gesellschaft nun die ‚Gemeinschaft‘ (*community*) als neue Einheit kollektiven Handelns (Rose 1996b) in den Blick, deren Solidarität und lokale Kompetenz erschlossen wird. Statt weniger zu regieren, wie es dem Neoliberalismus häufig unterstellt wird, zielt eine neoliberale Gouvernamentalität des Risikos tatsächlich darauf ab, auf indirektem Wege sozusagen „Regierung aus der Ferne“ (Miller/Rose 2008: 22, 33) zu regieren.

Vom Risiko zur Resilienz

Resilienz schließlich geht von der Annahme aus, die Natur des Risikos habe sich entscheidend verändert (Oels 2013). Das ‚neue‘ Risiko birgt nun potentiell katastrophale Folgen, es wird zunehmend ungewisser und insofern immer unmöglicher zu berechnen. Als Reaktion darauf will das ‚Vorsorgeprinzip‘ (Aradau/van Munster 2007) Risiken um jeden Preis minimieren, da ihre Folgen potentiell verheerend sind. Komplementär dazu steht

eine ‚*culture of preparedness*‘ (Kultur des Vorbereitetseins) (Collier/Lakoff 2008): Da die Anstrengungen, Risiken gänzlich auszuschalten, letztlich zum Scheitern verurteilt sind, kann man das *Worst-Case*-Szenario nicht ausschließen. Dieser Diskurs empfiehlt daher, die Fähigkeit sozialer Systeme zu stärken, extreme soziale, wirtschaftliche oder Umwelt-Schocks zu bewältigen – was nun direkt zum Konzept der Resilienz führt.

Resilienz hat ihren Ursprung in den ökologischen Debatten der 1970er Jahre. Von dort hat sie Eingang in Forschungsfeldern und Fachdisziplinen wie Katastrophenforschung, Psychologie und Sozialwissenschaften gefunden. Zunehmend findet sich Resilienz nun auch im Feld der Sicherheit. Eine der ersten und meistzitierten Definitionen lautet:

[ein] Management-Ansatz, der auf Resilienz beruht [...], würde die Notwendigkeit betonen, sich Optionen offen zu halten [...] sowie die Notwendigkeit, die Vielfalt zu stärken. Dabei geht es gerade nicht darum, ausreichend Wissen anzuhäufen, sondern das Ausmaß unseres Unwissens anzuerkennen: nicht die Annahme, dass zukünftige Ereignisse vorhersagbar sein werden, sondern dass sie unerwartet sein werden. (Holling 1973: 21)

Resilienz impliziert insofern die Fähigkeit eines sozialen oder eines ökologischen Systems, „Veränderungen abzufangen [...] und dennoch fortzubestehen“ (Holling 1973: 27).

Biopolitisch betrachtet, konzeptualisiert Resilienz das Leben als radikal kontingent. Das „bedeutet nicht einfach Ungewissheit und Unvorhersehbarkeit, und auch nicht schieres Glück oder bloßes Unglück“ (Dillon/Reid 2009: 6). Die Gouvernementalität der Bio-Macht hat stets versucht, mithilfe von Risikoberechnungen die Ungewissheit zu zähmen, die mit dem menschlichen Leben einhergeht. Eine von Resilienz geprägte neoliberale Gouvernementalität hingegen erkennt Vorstellungen von radikaler Kontingenz oder von radikaler Ungewissheit an und ist davon überzeugt, dass es ‚unbekannte Unbekannte‘ gibt, die nicht berechnet oder vorhergesagt werden können (Aradau/van Munster 2011: 7). Radikale Kontingenz führt insofern neue – mutmaßende – Denkweisen (ebd.: 7–8) sowie neue Regierungspraktiken ein, die sich um Resilienz drehen. Weil die vorangegangene liberale Bio-Politik von der Komplexität unkalkulierbarer Gefahren unterminiert wird, braucht es jetzt „resiliente Anpassung, [...] Restrukturierung, Regeneration und Remodellierung“ (Dillon/Reid 2009: 60). So gesehen verfolgt Resilienz nicht nur das Ziel, die Kontingenz regierbar zu machen, sondern auch

„mittels Kontingenz zu regieren“ – indem die ständige Selbstanpassung von Menschen, Gemeinschaften und Gesellschaften (Dillon 2007b) nutzbar gemacht wird. Sozio-ökologische Resilienz meint nicht nur die Überlebensfähigkeit von Gesellschaften. Sie zielt zudem auch darauf ab, dass sich diese angesichts dramatischer externer Veränderungen positiv weiterentwickeln. Denn Resilienz „beschreibt die Wege, durch die das Leben aus Katastrophen lernt, so dass es im Hinblick auf weitere Katastrophen, die sich am Horizont zusammen brauen, besser gewappnet ist“ (Evans/Reid 2013: 2). So fördert Resilienz ebenso die Dezentralisierung des Regierens wie sie die Selbst-Organisation von denjenigen fordert, die endemischen Gefahren ausgesetzt sind (Kaufmann 2013: 60).

Insofern ist Sicherheit nicht länger einfach nur als „Abwesenheit von Gefahr“ zu verstehen, sondern auch als konstanter „Anpassungsprozess, als Umgang mit der Unsicherheit“ (Kaufmann 2013: 68). Resilienz interessiert sich weniger für die Ursächlichkeiten der Verwundbarkeit (Evans/Reid 2013: 4). Ging es vorher darum, die Ursachen für Verwundbarkeit im Vorhinein zu beseitigen, so akzeptiert Resilienz nun die Verwundbarkeit als unvermeidlich. Resilienz versucht nicht nur trotz, sondern *mit* der Verwundbarkeit die Katastrophe zu überleben – und sogar im Nachhinein aus der Katastrophe zu lernen, um beim nächsten Mal noch besser gewappnet zu sein.

Vom Problem zur Lösung: Eine Genealogie der klimabedingten Migration

Hier umreißen wir kurz die Genealogie des Begriffs ‚Klimaflüchtlinge‘ und fragen danach, wie ‚Klimaflüchtlinge‘ bzw. ‚Klimamigrant_innen‘ im Verlauf der letzten 30 Jahre im Namen der Sicherheit regierbar gemacht wurden. Wir unterscheiden zwischen drei zeitlichen Phasen und stellen dazu die jeweils in dieser Phase vorherrschende Gouvernamentalität vor. Das soll aber nicht heißen, dass die jeweils anderen Gouvernamentalitäten in der jeweils genannten Phase nicht zu finden sind – sie waren nach unserer Einschätzung nur nicht dominant.

Die Angst vor Klimaflüchtlingen

Klimaflüchtlinge wurden zunächst als ein Problem artikuliert, das dringend politische Aufmerksamkeit erforderte, und das für die nationale Sicherheit von Staaten eine Bedrohung bedeutete. Nach dem Ende des Kalten Krieges standen große Teile des militärischen Establishments vor der Frage, welche neue Rolle sie in einer Welt nach dieser Phase einnehmen könnten. Das Ende des Kalten Krieges schuf den Raum für eine neue Lesart des Konzepts der Sicherheit: Es wurde erweitert und vertieft, ganz neue Bereiche wurden zum Gegenstand der Sicherheitspolitik erklärt, darunter auch die Umwelt. Umweltaktivist_innen und umweltpolitisch engagierte Wissenschaftler_innen – zum Beispiel Tuchman Mathews (1989) oder Myers (1989) – zeichneten ein apokalyptisches Bild von Umweltzerstörung, um Umweltprobleme in die Sprache der Sicherheitspolitik zu überführen. Sie warnten vor Kriegen und unkontrollierbarer Migration, die durch Umweltveränderungen ausgelöst werden könnten. Vor diesem Hintergrund bildete sich das Thema der klimabedingten Migration heraus.

Im Jahr 1985 führte ein Bericht des UN-Umweltprogramms UNEP den Begriff ‚Umweltflüchtlinge‘ ein (El-Hinnawi 1985). Er entfachte eine wissenschaftlich geführte Diskussion darüber, ob Umweltveränderungen tatsächlich Migration auslösen können oder ob andere Faktoren immer wichtiger als die Umwelt für die Entscheidung zur Migration sind (für einen Überblick hierzu siehe Morrissey 2009). Jacobson veröffentlichte für das Worldwatch Institute eine vielzitierte Studie, die das Problem der Umweltmigration noch dramatischer schilderte (Jacobson 1988). Myers und Kent (1995) stellten die These auf, der Klimawandel allein würde bis zum Jahr 2050 mehr als 180 Million Menschen aus ihrer Heimat vertreiben – eine Zahl, die sich bis heute wie ein roter Faden durch die Debatte um Umweltflüchtlinge zieht (Jakobeit/Methmann 2012). Aufgrund dieser Arbeiten verbreitete sich die Terminologie der ‚Umweltflüchtlinge‘ und ‚Klimaflüchtlinge‘ – obwohl es keinen Rechtsstatus für Menschen gibt, die durch Umweltveränderungen vertrieben werden, und viele Menschen vermutlich keine Grenze überschreiten und somit Vertriebene innerhalb ihrer Landesgrenzen bleiben.

Für uns ist die Studie von Myers und Kent (1995) ein gutes Beispiel dafür, dass diese frühe Phase von einer souveränen Gouvernamentalität geprägt war. Schon der Titel der Studie – ‚*Environmental Exodus*‘ (‚Umwelt-

Exodus‘) – verweist auf die territoriale, d. h. geopolitische Logik, die dem Diskurs zugrunde liegt. Methodisch ist die Studie von Myers und Kent angreifbar, weil sie sich auf zwei problematische Annahmen stützt: Erstens nahmen Myers und Kent an, dass die Bevölkerungsentwicklung sich wie damals beobachtbar (*business as usual*) fortschreiben würde und rechneten aus, wo im Jahr 2050 demnach wie viele Menschen leben würden. Zweitens gingen sie davon aus, dass alle diese hypothetischen Menschen dann auch tatsächlich fliehen würden, wenn sie vom Klimawandel existentiell betroffen wären, z. B. durch den Anstieg des Meeresspiegels. Nicht berücksichtigt wurde dabei die Möglichkeit, dass die Menschen sich etwa an den Klimawandel anpassen könnten (z. B. durch den Bau von Deichen oder neue Lebensweisen). Myers und Kent müssen sich daher vorwerfen lassen, dass ihre Berechnungen monokausal und deterministisch waren.

Die von diesen ‚Klimaflüchtlingen‘ ausgehende Bedrohung war nicht so sehr, dass alle davon betroffenen Menschen in den Globalen Norden auswandern würden. Vielmehr wurde der Süden als ‚Wildnis‘ konstruiert, gegen die sich der Norden schützen müsse. Im schlimmsten Fall impliziert diese Sichtweise, dass die Industrieländer deswegen auch militärisch gegen klimabedingte Migration und ihre Folgen vorgehen müssen (Hartmann 2010). Klimaflüchtlinge als Bedrohung für die nationale Sicherheit zu verstehen, findet in vielen Industrieländern ein offenes Ohr – insbesondere dort, wo Fremdenfeindlichkeit tief sitzt und wo Migration schon länger als Sicherheitsproblem gesehen wurde (Huysmans 2006). Allzu oft ermöglichen die liberalen Demokratien der Industrieländer den Einsatz der ausgrenzenden Souveränitätsmacht ganz ‚ausnahmsweise‘, nämlich dann, wenn die nationale Sicherheit als bedroht gilt (Bigo 2008) wie in dieser ersten Phase. Ausgrenzung und Gewalt gegen Menschen können also auch in einem Regime der Bio-Macht ausgeübt werden, wo ja vor allem über Freiheiten regiert wird.

Klimaflüchtlinge retten

Drei miteinander zusammenhängende Entwicklungen verschoben diesen Diskurs im Laufe der 1990er Jahre (Morrissey 2009). Erstens stellten immer mehr Wissenschaftler_innen die theoretischen, methodischen und empirischen Grundlagen der These von der Umweltmigration infrage. Mi-

gration und Konflikt wurden nicht länger als monokausal, sondern als multikausal begriffen, als abhängig von der Anpassungsfähigkeit der betroffenen Bevölkerungen. Die bereits existierenden langfristigen Prognosen wurden daher als nicht plausibel eingeschätzt (Suhrke 1994; Barnett 2001; Peluso/Watts 2001). Zweitens waren die 1990er Jahre ein Jahrzehnt der ‚humanitären‘ Militärinterventionen. In einigen Fällen wollte die internationale Gemeinschaft den ‚Verbrechen gegen die Menschlichkeit‘ nicht länger zusehen und erklärte sich für den Schutz der Opfer von Bürger_innen Kriege verantwortlich. Folglich „musste die (nationalstaatlich organisierte, Anm. C.M/A.O.) Souveränität die Intervention zulassen, um eine neue Welt mit universellen Rechten und einer universellen Sicherheit durchzusetzen“ (Chandler 2012: 214). Ein dritter wichtiger Faktor war der Versuch der Politik, die Sicherheit als ‚menschliche Sicherheit‘ (*human security*) neu zu definieren. Diese Bedeutungsverschiebung war durch die Hoffnung motiviert, mit diesem Argument mehr Gelder für Entwicklungszusammenarbeit zu generieren (UNDP 1994). Umweltveränderungen wurden als Bedrohung für die menschliche Sicherheit (Barnett 2001) neu konzeptualisiert. Die zunehmende Verwendung des Konzeptes der Verwundbarkeit (*vulnerability*) war für diese Bedeutungsverschiebung bezeichnend (Methmann/Oels 2014).

Das Hauptziel bestand demnach darin, „auf friedlichem Wege die menschliche Verwundbarkeit gegenüber von Menschen verursachter Umweltzerstörung zu senken, indem die Wurzeln der Umweltzerstörung und die Unsicherheit der Menschen bekämpft werden“ (Barnett 2001: 229).

Radikalere Vertreter_innen dieses Ansatzes stellten sogar einen Zusammenhang zwischen der Verwundbarkeit der Menschen in den Entwicklungsländern und Konsummustern im Norden, wirtschaftlicher Globalisierung, Menschenrechtsverletzungen und ökologischen Wechselwirkungen her (Dalby 2009). Wie auch immer das Konzept verstanden wurde: Es ermöglichte die präzise Verortung und Prognose von Bevölkerungsteilen, die durch Umweltveränderungen am verwundbarsten sind. Und das wiederum erlaubte eine zielgenaue Intervention in diesen Sektoren (vgl. O’Brien u. a. 2004). Dieses Konzept der Verwundbarkeit bildete nun den Rahmen, innerhalb dessen umwelt- und klimabedingte Migration diskutiert wurden (Renaud u. a. 2011).

Vor diesem Hintergrund wird klimainduzierte Migration als Bedrohung für die menschliche Sicherheit verstanden. Duffield und Waddell haben

gezeigt, dass der Diskurs um menschliche Sicherheit überhaupt erst die Menschen hervorbringt, die gesichert werden müssen. Der Diskurs um menschliche Sicherheit fordert die staatlichen und nicht-staatlichen Entwicklungshilfeorganisationen auf, vermeintlich hilflose Subjekte zu retten und stellt die dazu erforderlichen Subjektivitäten und politischen Praktiken bereit (Duffield/Waddell 2006: 2). Ein typisches Beispiel für diesen Diskurs ist der Bericht des UN-Generalsekretärs über den Klimawandel und seine möglichen Auswirkungen auf die Sicherheit aus dem Jahr 2009 (UN GA 2009). Bio-Politik regiert die Bevölkerung, indem von der Norm abweichende bzw. besonders verwundbare Teile der Bevölkerung identifiziert werden. Daraus ergeben sich staatliche Interventionen, die sich auf den Schutz dieser verwundbaren Menschen konzentrieren. Damit übereinstimmend schlägt der UN-Bericht vor, dass „angemessenes Planen und Managen der umweltbedingten Migration kritisch sein wird“ (UN GA 2009: 17). Der UN-Bericht regt einen juristischen Diskurs an, der die Rechte der betroffenen Bevölkerungen hervorhebt:

Inseln, die wegen des Anstiegs des Meeresspiegels unbewohnbar werden oder verschwinden, werfen das Thema des Rechtsstatus' der Bürger sowie der Rechtsansprüche dieser Staaten auf, auch was zum Beispiel Fischereirechte angeht. [...] Gesetzliche und politische Vorkehrungen können zum Schutz von betroffenen Bevölkerungen notwendig sein. (UN GA 2009: 21)

Dieser bio-politische Diskurs hat den Ruf nach einem neuen Rechtsstatus für Klimaflüchtlinge zur Folge. Dieser soll Menschen, die bedingt durch die Folgen des Klimawandels vertrieben werden, das Recht gewähren, nicht abgeschoben zu werden, sowie den Zugang zu humanitärer Hilfe garantieren. Den meisten betroffenen Menschen können diese Rechte gemäß Genfer Flüchtlingskonvention nicht zugestanden werden, da die Konvention nur vor politischer Verfolgung aufgrund von ethnischer Zugehörigkeit, Zugehörigkeit zu einer sozialer Gruppen oder Nationalität schützt. Darüber hinaus überqueren Menschen, die ihre Lebensorte aufgrund des Klimawandels verlassen, oft keine Landesgrenze, so dass die Flüchtlingskonvention für sie nicht gilt. Doch trotz dieser rechtlichen Unklarheiten werden Klimaflüchtlinge so dargestellt, als bräuchten sie internationale Unterstützung. Die New Economics Foundation (NEF) in London schlug daher vor, die Flüchtlingskonvention zu erweitern, um auch Opfer von ‚Umweltverfolgung‘ (Conisbee/Simms 2003: 33) anzuerkennen. Andere regten an, ein

neues Rechtsinstrument zu schaffen, entweder als eigenständige Konvention (Docherty/Giannini 2009; Environmental Justice Foundation 2008) oder als Protokoll zur Klimarahmenkonvention (UNFCCC) (WBGU 2007; Biermann/Boas 2010). Da es so schwierig ist, einzelne Personen eindeutig als Klimaflüchtlinge zu identifizieren, schlagen Biermann und Boas vor, ganze Regionen als vom Klimawandel bedroht zu erklären und die dort lebende Bevölkerung vorausschauend umzusiedeln.

Ein solcher Diskurs kann wie schon der erste vorgestellte Diskurs zur Furcht vor den Klimaflüchtlingen ebenfalls leicht in militärischen Maßnahmen münden. Denn wenn ein solches geordnetes Management versagt oder zu spät kommt, erscheinen im Namen der Menschenrechte auch ‚humanitäre‘ Militärinterventionen legitim. Der Einsatz von solchen Gewaltmaßnahmen wird jedoch nicht als ein Übergehen nationalstaatlicher Souveränität gedeutet, sondern als partnerschaftliches Handeln mit den betroffenen Regierungen dargestellt (Chandler 2012: 225). So ermöglicht ein Fokus auf die Menschenrechte auch im Rahmen der dominanten liberalen Bio-Macht die Ausübung souveräner Macht und gegebenenfalls auch souveräner Gewalt.

Empowerment von klimabedingten Migrant_innen

In den vergangenen Jahren ist der Begriff ‚Klimaflüchtlinge‘ fast von der Bildfläche verschwunden. Stattdessen ist in offiziellen Dokumenten inzwischen von ‚klimawandelbedingter Migration‘ die Rede. Die liberale Bio-Politik des ‚Klimaflüchtlings‘ wurde zunehmend durch einen Resilienz-Diskurs über die klimabedingte Migration ersetzt.

Dieser Resilienz-Diskurs hat sich in den letzten zehn Jahren in der allgemeinen Umweltpolitik stark verbreitet (z.B. WRI 2008). Auch in der Klimapolitik spielte er eine zunehmende Rolle (z. B. UN GA 2009: 4). Dies korrespondierte mit einer Verschiebung in der Klimawissenschaft: Mangels effektiver Klimaschutzmaßnahmen erforschten Wissenschaftler_innen zunehmend die ‚gefährlichen‘ Auswirkungen des Klimawandels. Der Klimawandel wird zu einer allumfassenden Gefahr entwickelt, die oft mit einer apokalyptischen Bildersprache untermalt wird (Swyngedouw 2010; Methmann/Rothe 2012). Wissenschaftler_innen konzipierten das globale Klima als ein nicht-lineares System mit Umschlagpunkten, die beispielsweise zum

Versiegen des Golfstroms und zum Absterben des Regenwaldes im Amazonasgebiet führen könnten (vgl. z. B. Lenton u. a. 2008). Der Klimawandel wurde zunehmend als unvorhersehbar und insofern radikal kontingent beschrieben (Oels 2013; Methmann/Rothe 2012). „Die Existenzgrundlagen der Menschen“, schlussfolgerte die Weltbank, „müssen unter Bedingungen funktionieren, die sich fast sicher ändern, die aber nicht mit Sicherheit vorhergesagt werden können“ (World Bank 2010: 87).

Ökologische Systeme werden keine Existenzgrundlagen wie früher aufrechterhalten. Für Mark Duffield (2011: 763) ist der Klimawandel zum ‚Umwelt-Terror‘ geworden, „wo nichts mehr als selbstverständlich angesehen werden kann“ – eine „Umwelt, die durch Ungewissheit und Überraschung funktioniert, ist selbst terroristisch geworden.“

Folgt man der Vorstellung, dass der Klimawandel katastrophale oder sogar apokalyptische Konsequenzen nach sich ziehen wird, ist zu erwarten, dass das planende und vorausschauende Management von Migration scheitert. In diesem Zusammenhang ist Resilienz bei der Diskussion über die klimabedingte Migration zu einem Leitmotiv geworden. Resilienz geht davon aus, dass „Migration stets eines der Mittel gewesen ist, für das sich Menschen entschieden haben, um sich an verändernde Umweltbedingungen anzupassen“ (Laczko/Aghazarm 2009: 5). So spricht auch der breit rezipierte Foresight Report zu *Migration and Global Environmental Change* (Foresight 2011), den das britische Government Office for Science 2011 veröffentlichte, eindeutig die Sprache der Resilienz. Der Report definiert klimabedingte Migration von einem Problem zu seiner eigenen Lösung um: Es ist die Migration selbst, die betroffene Bevölkerungen gegenüber dem Klimawandel resilient machen soll. Der *Foresight Report* kommt zu dem Schluss, dass „einige Auswirkungen der Umweltveränderungen zu einer beträchtlichen dauerhaften Vertreibung von ganzen Bevölkerungen führen können, wenn bestehende Siedlungsstrukturen *unbewohnbar* werden (Foresight 2011: 15, Hervorhebung C.M./A.O.). Denn „Nicht-Migration‘ ist keine Option im Kontext zukünftiger Umweltveränderungen“ (Foresight 2011: 16). Damit werden frühere Diskurse auf den Kopf gestellt: Die Migration wandelt sich vom Problem zur Lösung, d. h. zu einer ‚normalen‘ Anpassungsreaktion auf den Klimawandel. In Übereinstimmung mit Crawford S. Hollings (1973) Behauptung, dass das Gleichgewicht eines sozio-ökonomischen Systems nicht aufrechterhalten werden muss, wird die

Migration zu einer Technik der Resilienz (Black u. a. 2011). Der Gedanke, dass Migration die Lösung und kein Problem darstellt, ist in der Debatte über die umweltbedingte Migration nicht neu (Suhrke 1994: 490). Dennoch hat sich diese Position in wissenschaftlichen und in politischen Diskussionen über die klimabedingte Migration erst vor Kurzem durchgesetzt. Zudem wurde die Migration nicht nur als angemessene Anpassungsstrategie neu konzeptualisiert. Sie wird zudem als eine „transformative‘ Anpassung an die Umweltveränderungen, [die] in vielen Fällen einen äußerst effektiven Weg darstellen wird, um langfristig Resilienz aufzubauen“ (Foresight 2011: 7), gepriesen.

Migration wird nun also neu als ‚Chance‘ für die Betroffenen konzeptualisiert, die zahlreiche attraktive Nebenwirkungen hat. Klimabedingte Migration verspricht den Menschen, ihre Existenzgrundlagen nicht nur zu erhalten, sondern sogar zu verbessern.

Im Vergleich mit früheren Gouvernamentalitäten der klimabedingten Migration sind die Subjekte und die Objekte des Regierens in einem Resilienz-Diskurs andere. Ein herausragendes Kennzeichen dieser neuen Gouvernamentalität ist das „Empowerment“. Wie Chandler herausgearbeitet hat, wird das resiliente Subjekt „nur als proaktives und akteursfähiges Subjekt wahrgenommen, das zur Selbst-Transformation fähig ist“ (Chandler 2012: 217). Den Menschen, die durch den Klimawandel verwundbar sind, selbst die Verantwortung zu übertragen, sich daran anzupassen, ist eine Schlüsselstrategie, um klimabedingte Migration mittels Resilienz zu regieren. So wird die Entscheidung zur Migration wegen des gefährlichen Klimawandels nun als ‚freie Wahl‘ dargestellt – eine Interpretation, die mit der Logik des neoliberalen Regierens übereinstimmt.

Der *Foresight Report* erkennt zum Beispiel an, dass es Grenzen für das neoliberale Regieren der klimabedingten Migration gibt. Schließlich verfüge nicht jede_r über die Mittel, rechtzeitig zu migrieren, denn die „Migration (insbesondere die internationale Migration) ist durch den wirtschaftlichen Status selektiert“ (Foresight 2011: 10). Folglich bleiben vermutlich insbesondere arme Bevölkerungsgruppen, welche nicht die Möglichkeit zur Migration haben, in unwirtlichen Umweltbedingungen ‚gefangen‘ (ebd.).

In diesem Sinne bettet Resilienz wieder jene liberale Bio-Macht ein, die sich um verwundbare Bevölkerungen kümmert. Verantwortlich für die Verlegung und für die planvolle Umsiedelung der ‚gefangenen‘ Gruppen

bleibt die Regierung. Es gilt, die verwundbaren Menschen unter Kontrolle zu halten, um eine gefügte Bevölkerung hervorzubringen, welche die lebenswichtigen Kreisläufe der liberalen Ordnung nicht bedrohen wird, z. B. indem sie spontan und massenhaft migriert (Grove 2013: 28).

Klimawandelbedingte Migration im Namen der Resilienz: politische Auswirkungen

Resilienz bestimmt die Agenda der klimabedingten Migration. Obwohl Resilienz inzwischen den gesamten Diskurs zum Klimawandel durchdringt, vertreten wir die These, dass die klimabedingte Migration ein ausgesprochen ‚transformatives‘ Verständnis von Resilienz verkörpert.

Resilienz ist nicht nur eine einfache Methode, um menschlich-ökologische Systeme an Ort und Stelle an ein neues Gleichgewicht anzupassen, z. B. indem eine neue Infrastruktur und neue Lebensweisen entwickelt und Erwerbsquellen diversifiziert werden. Es geht vielmehr darum, Gemeinschaften und Haushalte radikal zu resilienten Netzwerken umzugestalten, in denen Migration und Mobilität, einschließlich der Rücküberweisungen und der Unterstützung durch die Diaspora-Gruppen, zu wichtigen Quellen von Resilienz werden. Das führt zu mindestens drei politischen Auswirkungen. *Erstens*: Resilienz beraubt die Subjekte ihrer Rechte. Die Aufnahmegebiete der klimawandelbedingten Migration – vor allem in Entwicklungsländern – sind oft schlecht auf die Ankunft vieler Menschen vorbereitet, die in soziale, wirtschaftliche und politische Systeme integriert werden müssen. Ohne einen gesetzlichen Rahmen für die klimawandelbedingte Migration haben grenzüberschreitende Migrant_innen keinen Rechtsstatus und sind deswegen äußerst anfällig dafür, ausgebeutet zu werden und Gewalt zu erfahren.

Während frühere wissenschaftliche und politische Berichte zu Klimawandel und Migration den Begriff ‚Klimaflüchtling‘ verwendeten und dafür eintraten, Betroffenen den Flüchtlingsstatus zu gewähren, vermeiden in jüngster Zeit internationale Organisationen in den von ihnen veröffentlichten Dokumenten eindeutig den Begriff ‚Flüchtling‘ und plädieren dafür, auf ‚klimabedingte Migration‘ mittels Resilienz zu reagieren. Betroffenen wird dabei kein ‚unveräußerliches Recht‘ zugesprochen, sondern hervorgehoben, dass Resilienz „Anpassungsfähigkeit anpreist, damit das Leben

weitergehen kann, auch wenn Teile der Lebensgrundlagen zerstört worden sind“ (Evans/Reid 2013: 9).

Der Resilienz-Diskurs formuliert Verlust und Verwundbarkeit in der Sprache von Fortschritt und Transformation. Resilienz reduziert alles auf die ‚pure Überlebensfähigkeit‘ (Evans/Reid 2013: 9). Statt der möglichen negativen Folgen des Klimawandels werden die ‚neuen Entwicklungsoptionen‘ und die ‚Chancen‘ betont, die eine ‚klima-smarte‘ Entwicklung bietet.

Wenn man sich die grundlegende Definition von Resilienz in Erinnerung ruft, als „ein Maß der Fähigkeit von [...] Systemen, Veränderungen abzufangen und dennoch weiterzubestehen“ (Holling 1973: 27), wirft das folgende Fragen auf: Wie viel Veränderung kann ein System verkraften und doch das gleiche bleiben? Wenn Arbeitsmigrant_innen in Australien Geld an Haushalte überweisen, die in Kiribati im Pazifik geblieben sind, ist das dann noch die gleiche Inselgemeinschaft wie zuvor? Und was ist mit der Umsiedlung der Bevölkerung von ganzen Staaten auf ein neues Territorium, wie es für die Malediven geplant ist? Ist dies noch transformative Resilienz oder etwas Neues? Wie viele Wahlmöglichkeiten verbleiben dem vermeintlich freien Individuum, das migriert, wenn die Migration die einzige verfügbare Option ist? Ist der Resilienzdiskurs in so einem Fall ein Euphemismus für die Schäden und Verluste, die verwundbare Bevölkerungen erleiden? Diese Fragen haben vor dem Hintergrund der internationalen Klimaverhandlungen an Bedeutung gewonnen.

Unter dem Einfluss der erheblichen Zerstörung, die der Taifun Haiyan auf den Philippinen kurz vor der 19. Vertragsstaatenkonferenz der UN-Klimarahmenkonvention (UNFCCC) in Warschau 2013 angerichtet hatte, dominierte 2013 das Thema ‚*Loss and Damage*‘ (Verluste und Schäden) die Veranstaltung. In seiner emotionsgeladenen und weithin beachteten Rede machte der philippinische Botschafter Yeb Sano deutlich, dass

wir als Nation uns weigern, eine Zukunft zu akzeptieren, in der Super-Taifune wie Haiyan ein normaler Teil unseres Lebens werden. Wir weigern uns zu akzeptieren, dass unser Alltag darin bestehen soll, vor Stürmen zu fliehen, unsere Familien in Sicherheit zu bringen, Zerstörung und Not zu erleiden, und unsere Toten zu zählen. Wir weigern uns einfach. [...] Wir können diesen Wahnsinn beenden. Und zwar hier und jetzt. (Sano 2013)

Yeb Sano trat sogar während der Vertragsstaatenkonferenz in den Hungerstreik, den er erst beenden wollte, wenn ein Entschädigungsmechanismus

aufgestellt und ehrgeizige Reduktionsziele für Treibhausgase beschlossen würden (Sano 2013). Ohne es direkt auszusprechen, zeigt diese Äußerung, worum es in der Debatte um die klimabedingte Migration tatsächlich geht. Die Länder, die vom Klimawandel betroffen sind, fordern eine direkte finanzielle Kompensation für die Schäden und Verluste durch den Klimawandel. Hingegen zögern die Industrienationen, wenn es darum geht, genügend Geld zur Verfügung zu stellen, um für die gewaltigen Schäden aufzukommen. Der Resilienz-Diskurs schafft hier Abhilfe, indem er Schäden und Verluste naturalisiert und so Forderungen nach Kompensation ins Leere laufen lässt.

Zweitens: Der Resilienz-Diskurs erleichtert es, die Verantwortung vom Norden zum Süden zu verschieben. Bevölkerungen, die möglicherweise vom Klimawandel betroffen sein werden, sollen selbst für ihre Sicherheit sorgen. Tatsächlich wird es sich bei der klimawandelbedingten Migration meistens um Binnenmigration handeln. Wenn Migrant_innen dennoch eine Grenze überschreiten, dann zumeist die eines anderen Entwicklungslandes. Internationale Migration in Industrieländer erfordert mehr Ressourcen als den meisten vom Klimawandel potenziell Betroffenen zur Verfügung stehen. Die unkontrollierte grenzüberschreitende Migration ist folglich eher ein Problem, das zwischen Entwicklungsländern entsteht. Im Resilienz-Diskurs werden betroffene Bevölkerungen dahingehend neu konzeptualisiert, dass sie in der Lage sind, über ihre eigene Zukunft zu bestimmen. Das steht wiederum im Einklang mit einer allgemeinen Verschiebung hin zum Post-Interventionismus in der globalen Politik (Chandler 2012: 213). Folglich trägt „der Westen nicht länger die Verantwortung dafür, für Sicherheit, Demokratisierung oder Entwicklung in der nicht-westlichen Welt zu sorgen“ (ebd.: 224). Diese Auffassung vertritt auch die Weltbank, die im Kontext von Anpassung an den Klimawandel dafür plädiert, den „Menschen Hilfe zur Selbsthilfe“ zu geben (World Bank 2010: 87). Bei der klimabedingten Migration liegt also der Fokus nicht mehr darauf, die betroffenen Bevölkerungen aktiv zu unterstützen. Vielmehr sollen sie für sich selbst sorgen lernen.

Entwicklungshilfe könnte in Zukunft eher für koordinierende und mobilisierende Aktivitäten als für tatsächliche Projektarbeit gewährt werden. Insgesamt könnte dieser Ansatz zu geringeren Transferzahlungen in der Entwicklungshilfe für den Süden führen. Umso wichtiger werden die Diaspora-Gemeinschaften, deren regelmäßige Überweisungen es den Zu-

rückgebliebenen ermöglichen könnten, sich an ein sich veränderndes Klima anzupassen.

Drittens: Das Regieren der klimabedingten Migration durch Resilienz impliziert, dass der Klimawandel eine unvermeidbare Realität und Tatsache sei, mit der man leben müsse. Die klimabedingte Migration von Millionen Menschen wird zur ‚normalen‘, rationalen und deshalb angemessenen Anpassung an Umweltveränderungen, die als jenseitig der menschlichen Kontrolle dargestellt werden. Die Weltbank formuliert es wie folgt: „Die Migration wird oft eine effektive Antwort auf den Klimawandel sein – und in einigen Fällen leider die einzig mögliche“ (World Bank 2010: 130–131). Aus dieser Perspektive betrachtet erscheint der Klimawandel nicht länger als ein politisches Problem, das durch erhebliche Emissionsreduzierungen sowie durch einen Wandel der Lebensstile in den Industrieländern gelöst oder zumindest abgeschwächt werden kann. Stattdessen wird der Klimawandel als naturgegeben gesehen und entpolitisiert. Der politische Raum, der es ermöglichen würde, die Ursachen der globalen Erwärmung beim Namen zu nennen und anzugehen, wird hingegen ausgeblendet.

McNamara und Gibson zeigen auf, wie diese vorherrschende diskursive Konstruktion Forderungen im Keim erstickt, die oft von kleinen Inselstaaten im Pazifik (und auch einigen NGOs) erhoben werden, nämlich dass die „Industrieländer aktiv werden müssen, um die Treibhausgase einzudämmen und zu senken“ (McNamara/Gibson 2009: 482). Alle Berichte, die wir in unserer Analyse zitieren, fordern auch immer Emissionsreduktionen und verstehen Anpassung durch Migration als eine ergänzende Strategie (Black u. a. 2011: 449). Dennoch stellen wir fest, dass sich die politische Aufmerksamkeit vom Klimaschutz hin zur Anpassung verschiebt. Auch sind die tatsächlichen Fortschritte im Klimaschutz bislang eher bescheiden, was viele Beobachter_innen zu dem Schluss führt, die Menschheit sei schlicht nicht in der Lage, den Klimawandel noch abzuwenden.

Schlussfolgerung

Resilienz ist der neue Diskurs, der immer mehr Politikfelder regiert, insbesondere in der Umweltpolitik. Wir haben anhand der klimabedingten Migration die Praktiken und die Diskurse verdeutlicht, auf denen das Regieren im Namen der Resilienz beruht. Aus der Perspektive der *Governmentality*

Studies haben wir vorgeschlagen, Resilienz als neoliberale Gouvernamentalität zu verstehen, die auch durch Kontingenzt regiert. Resilienz fordert die ständige Anpassung des Lebens im Angesicht allgegenwärtiger Schocks. Im Fall der klimawandelbedingten Migration hat das Erstarken des Resilienzdiskurses zu einer Kehrtwende im Diskurs geführt. Was anfänglich unter dem Schlagwort ‚Klimaflüchtlinge‘ als moralischer Skandal angeprangert wurde, den es zu vermeiden galt, wird nun unter dem Namen ‚klimabedingte Migration‘ als eine rationale Anpassungsstrategie an unvermeidbare Folgen des Klimawandels diskutiert. Diesbezüglich ist die klimabedingte Migration ein exemplarischer Fall für die transformative Form der Resilienz.

Wir haben die Politik der Resilienz im Fall der klimabedingten Migration auf drei Ebenen kritisiert. Erstens: Die Gouvernamentalität der Resilienz naturalisiert und übergeht Schäden und Verluste in einem Tenor von Fortschritt und Transformation. Sie vermeidet ein Bezugnehmen auf Rechte und schließt somit ein Recht auf Entschädigung oder ein Recht auf Mobilität aus. Zweitens: Die Verantwortung fürs Überleben wird den möglichen Opfern der Auswirkungen des Klimawandels aufgebürdet. Das könnte westliche Industrieländer dazu veranlassen, ihre direkte finanzielle Unterstützung für betroffene Bevölkerungen auf Hilfe zur Selbsthilfe zu reduzieren. Drittens und besonders wichtig: Die Strategie der Resilienz erklärt den Klimawandel zum vermeintlich naturgegebenen, unausweichlichen Schicksal, das die Menschen ertragen müssen.

Auf dieser Grundlage formulieren wir die These, dass das größte Problem im Hinblick auf das Erstarken der Resilienz als Form des Regierens in ihrer Tendenz liegt, ‚das Politische‘ auszuhöhlen. Resilienz wird als Empowerment-Strategie verkauft, weil sie betroffenen Bevölkerungen die ‚freie Wahl‘ bietet, sich auf den Weg zu machen oder zu bleiben. Dennoch verweigert der Resilienz-Diskurs den Betroffenen zugleich jegliche Wahlmöglichkeit im Hinblick auf die Realität des Klimawandels an sich. Der Resilienzdiskurs verschleiern, dass es noch nicht zu spät für Emissionsminderungen ist, und sie nimmt den Menschen die Hoffnung auf eine Zukunft, in der sie vor den Auswirkungen des Klimawandels sicher sein könnten. In der Debatte um die klimabedingte Migration wird der Raum des Politischen auf die Frage von ‚Bleiben oder Gehen‘ reduziert. Der philippinische Botschafter Sano sagte deutlich, dass wir uns weigern sollten, mit Gefahren zu leben. Nur wenn wir uns weigern, die gefährlichen Auswirkungen des

Klimawandels als ‚normal‘ und ‚unvermeidlich‘ zu akzeptieren, können wir die Definitionsmacht über den Klimawandel zurückgewinnen und das Klima retten.

Der beste Weg wäre, den Begriff der klimabedingten Migration komplett zu vermeiden. Tatsächlich basieren alle drei Diskurse zur klimabedingten Migration (oder zu Klimaflüchtlingen) auf der impliziten Annahme, dass die gefährlichen Auswirkungen des Klimawandels nicht vermieden werden könnten. Alle drei Diskurse konstruieren eine Zukunft, in der Bevölkerungen von niedrig gelegenen Küstengebieten ihre Heimat bereits verloren haben. Doch die Geschichte der Klimamigrant_innen/-flüchtlinge bleibt im „Futur-Konditional“ geschrieben (Baldwin 2012: 625). Sie ist bislang nur eine Annahme über die Zukunft, aus der heutige Regierungspraktiken abgeleitet werden. Wie McNamara und Gibson (2009) richtig feststellten, handelt es sich hier um einen Wettstreit zwischen zwei alternativen geopolitischen Zukunftsentwürfen: Im ersten Entwurf bleiben die niedrig gelegenen Inselstaaten auf der Landkarte eingezeichnet, im zweiten sind sie bereits verschwunden. Daher brauchen wir eine Problematisierung des Klimawandels, welche die vermeintliche Unvermeidbarkeit von gefährlichen Auswirkungen des Klimawandels anfecht und infrage stellt.

Eine andere Zukunft ist immer noch möglich – eine Welt mit niedrigen Kohlendioxidemissionen und veränderten Lebensstilen –, selbst wenn dies angesichts der aktuellen Emissionstrends als nicht besonders wahrscheinlich erscheint. Dennoch: Emissionsreduktionen und das Recht auf eine angemessene Kompensation für vom Klimawandel verursachte Schäden müssen wieder ganz oben auf der politischen Agenda stehen.

Literatur

- Aradau, Claudia; van Munster, Rens (2007): Governing terrorism through risk: Taking precautions, (un) knowing the future, in: *European Journal of International Relations*, 13(1), 89–115.
- Aradau, Claudia; van Munster, Rens (2011): *Politics of Catastrophe: Genealogies of the Unknown*. London/New York.
- Baldwin, Andrew (2012): Orientalising environmental citizenship: Climate change, migration and the potentiality of race, in: *Citizenship Studies* 5–6, 625–40.

- Barnett, Jon (2001): *The Meaning of Environmental Security: Ecological Politics and Policy in the New Security Era*. London/New York.
- Biermann, Frank; Boas, Ingrid (2010): Preparing for a warmer world: Towards a global governance system to protect climate refugees, in: *Global Environmental Politics*, 10(1), 60–88.
- Bigo, Didier (2008): Globalized (in)security: The field and the ban-opticon. In: Bigo, D. & Tsoukala, A. (eds): *Terror, Insecurity and Liberty: Illiberal Practices of Liberal Regimes After 9/11*. London/ New York, 10–48.
- Black, Richard; Bennett Stephen RG; Thomas, Sandy M.; Beddington, John R. (2011): Climate change: Migration as adaptation, in: *Nature* 478, 447–449.
- Chandler, David (2012): Resilience and human security: The post-interventionist paradigm, in: *Security Dialogue* 43(3), 213–229.
- Collier, Steven J. (2009): Topologies of power. Foucault’ analysis of political government beyond ‘governmentality’, in: *Theory, Culture & Society* 26(6), 78–108.
- Collier, Steven J.; Lakoff, Andrew (2008): Distributed preparedness: The spatial logic of domestic security in the United States, in: *Environment and Planning D: Society and Space* 26(1), 7–28.
- Conisbee, Molly; Simms, Andrew (2003): *Environmental Refugees: The Case for Recognition*. London.
- Corbin, Juliet; Strauss, Anselm (2008): *Basics of Qualitative Research. Techniques and Procedures for Developing Grounded Theory*. Thousand Oaks, CA.
- Dalby, Simon (2009): *Security and Environmental Change*. Cambridge (UK).
- Dean, Mitchell (2010): *Governmentality: Power and Rule in Modern Society*, 2nd ed. London/Thousand Oaks (CA)/New Delhi.
- Dillon, Michael (2007a): Governing terror: The state of emergency of biopolitical emergence, in: *International Political Sociology* 1(1), 7–28.
- Dillon, Michael (2007b): Governing through contingency: The security of biopolitical governance, in: *Political Geography* 26(1), 41–47.
- Dillon, Michael; Reid, Julian (2009): *The Liberal Way of War: Killing to Make Life Live*. London/New York.

- Docherty, Bonnie; Giannini, Tyler (2009): Confronting a rising tide: A proposal for a convention on climate change refugees, in: *Harvard Environmental Law Review* 33(2), 349–403.
- Duffield, Mark (2011): Total war as environmental terror: Linking liberalism, resilience, and the bunker, in: *South Atlantic Quarterly* 110(3), 757–69.
- Duffield, Marl; Waddell, Nicholas (2006): Securing humans in a dangerous world, in: *International Politics* 43(1), 1–23.
- EJF – Environmental Justice Foundation (2008): *No Place Like Home*. London.
- Evans, Brian; Reid, Julian (2013): Dangerously exposed: The life and death of the resilient subject, in: *Resilience* 1(1), 1–16.
- Ewald, Francois (1991): Insurance and risk. In: Burchell, Graham, Gordon, Colin & Miller, Peter (eds): *The Foucault Effect: Studies in Gouvernmentality*. Chicago, IL, 197–210.
- Field, Christopher B., Barros, Vicente, Stocker Thomas F., Qin, Dahe, Dokken, David J., Ebi, Kristie, Mastrandrea, Michael D., Mach, Katharine J., Plattner Gian-Kasper, Allen, Simon K., Tignor, Melinda, Midgley, Pauline M. (eds) (2012): *Managing the Risks of Extreme Events and Disasters to Advance Climate Change Adaptation*. Special Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change. Cambridge (UK).
- Foresight (2011): *Migration and Global Environmental Change. Future challenges and opportunities*. London: The Government Office for Science.
- Foucault, Michel (1978): *The History of Sexuality: An Introduction, Volume 1*. New York.
- Foucault, Michel (2007): *Security, Territory, Population: Lectures at the Collège De France 1977–78*. New York.
- Grove, Kevin (2013): Biopolitics. In: Death, C. (ed.): *Critical Environmental Politics*. London/New York, 22–30.
- Hartmann, Betsy (2010): Rethinking climate refugees and climate conflict: Rhetoric, reality and the politics of policy discourse, in: *Journal of International Development* 22(2), 233–246.
- Holling, Crawford Stanley (1973): Resilience and stability of ecological systems, in: *Annual Review of Ecology and Systematics* 4, 1–23.

- Huysmans, Jef (2006): *The Politics of Insecurity: Fear, Migration and Asylum in the EU*. London/New York.
- Jacobson, Jodi L. (1988): *Environmental Refugees: A Yardstick of Habitability*. Worldwatch Paper Nr. 86. Washington, DC.
- Jakobeit, Cord; Methmann, Chris (2012): 'Climate refugees' as a dawning catastrophe? A critique of the dominant quest for numbers. In: Scheffran, Jürgen, Brzoska, Michael, Brauch, Hans-Günter, Link, P. Michael. & Schilling, Jan-Peter (eds): *Climate Change, Human Security and Violent Conflict: Challenges for Societal Stability*. Berlin, 301–314.
- Joseph, Jonathan (2013): Resilience as embedded neoliberalism: A governmentality approach, in: *Resilience* 1(1), 38–52.
- Kaufmann, Mareile (2013) Emergent self-organisation in emergencies: Resilience rationales in interconnected societies, in: *Resilience* 1(1), 53–68.
- Laczko, Frank; Aghazarm, Christine (2009): *Migration, Environment and Climate Change: Assessing the evidence*. Geneva.
- Lenton, Tim M., Held, Hermann., Kriegler, Elmar, Hall, Jim W., Lucht, Wolfgang, Rahmstorf, Stefan, Schellnhuber, Hans Joachim (2008): Tipping elements in the earth's climate system, in: *Proceedings of the National Academy of Sciences* 105(6), 1786–1793.
- McNamara, Karen E.; Gibson, Chris (2009): 'We do not want to leave our land': Pacific ambassadors at the United Nations resist the category of 'climate refugees', in: *Geoforum* 40(3), 475–483.
- Methmann, Chris; Oels, Angela (2014): Vulnerability. In: Death, C. (ed.): *Critical Environmental Politics*. London/New York, 277–286.
- Methmann, Chris; Rothe, Delf (2012): Politics for the day after tomorrow: The logic of apocalypse in global climate politics, in: *Security Dialogue* 43(4), 323–344.
- Miller, Peter; Rose, Nicolas (2008): *Governing the Present: Administering economic, social and personal life*. Cambridge (UK).
- Morrissey, James (2009): *Environmental Change and Forced Migration. A State of the Art Review*. Oxford.
- Myers, Norman (1989): Environment and Security, in: *Foreign Policy* 74(1), 23–41.
- Myers, Norman; Kent, Jennifer (1995): *Environmental Exodus. An Emergent Crisis in the Global Arena*. Washington, DC.

- O'Brien, Karen, Leichenko, Robin, Kelkar, Ulka, Venema, Henry, Aandahl, Guro, Tompkins, Heather, Javed, Akram, Bhadwal, Suruchi, Barg, Stephan, Nygaard, Lynn, West, Jennifer (2004): Mapping vulnerability to multiple stressors: Climate change and globalization in India, in: *Global Environmental Change* 14(4), 303–313.
- Oels, Angela (2005): Rendering climate change governable: From biopower to advanced liberal government?, in: *Journal of Environmental Policy and Planning* 7(3), 185–208.
- Oels, Angela (2013): Rendering climate change governable by risk: From probability to contingency, in: *Geoforum* 45, 17–29.
- O'Malley, Peter (1992): Risk, power and crime prevention, in: *Economy and Society* 21(3), 252–275.
- Peluso, Nancy/Watts, Michael (2001): *Violent Environments*. Ithaca, NY: Cornell University Press.
- Renaud, Fabrice G., Dun, Olivia V., Warner, Koko & Bogardi, Janos (2011): A decision framework for environmentally induced migration, in: *International Migration* 49(S1), e5–e29.
- Rose, Nicolas (1996a): The death of the social? Re-figuring the territory of government, in: *Economy and Society* 25(3), 327–356.
- Rose, Nicolas (1996b): Governing 'advanced' liberal democracies. In: Barry, Andrew, Osborne, Thomas & Rose, Nicolas (eds): *Foucault and Political Reason. Liberalism, neo-liberalism and rationalities of government*. London: UCL Press, 37–64.
- Sano, Yeb (2013): Typhoon Haiyan: We cannot afford to procrastinate on climate action, *The Guardian* (London), 11.11.2013, <http://www.theguardian.com/world/2013/nov/11/typhoon-haiyan-philippines-climatechange>, 10.10.2016.
- Senellart, Michel (2007): Course context. In: Foucault, Michel (ed.): *Security, Territory, Population: Lectures at the Collège de France 1977–78*. New York, 369–401.
- Suhrke, Astri (1994): Environmental degradation and population flows, in: *Journal of International Affairs* 47(2), 473–496.
- Swyngedouw, Eric (2010): Apocalypse forever? Post-political populism and the spectre of climate change, in: *Theory, Culture & Society* 27(2–3), 213–232.

- Tuchman Mathews, Jessica (1989): Redefining security, in: *Foreign Affairs* 68(1), 162–177.
- UNDP (United Nations Development Programme) (1994): *New Dimensions of Human Security. Human Development Report 2014*. New York and Oxford. United Nations Development Programme and Oxford University Press.
- UN GA (United Nations General Assembly) (2009): *Climate change and its possible security implications. Report of the Secretary-General, UN doc. A/64/350*. New York: United Nations.
- WBGU (2007): *World in Transition: Climate Change as a Security Risk*. Berlin: Springer.
- World Bank (2010): *World Development Report 2010. Development and Climate Change*. Washington, DC.
- WRI (World Resources Institute) (2008): *Roots of Resilience: Growing the Wealth of the Poor*. Washington, DC.